

General-Anzeiger

Elberfeld
Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Walter-Rathenaustr. 50
Bernsprecher Nr. 4600, 4601, 4602, 4603 und 678.

für Elberfeld-Barmen

Barmen
Hauptgeschäftsstelle und Redaktion Kernerweg 57
Bernsprecher für Geschäftsstelle u. Redaktion Nr. 714 u. 4997.

(Allgemeine Zeitung für Berg und Stahl)

Die Verhandlungen in London.

Le Trocquer muß seinen Aufenthalt ausdehnen. — Die Stimmung in England.

GA. London, 15. Febr. (Eig. Draht.) Der französische Minister der öffentlichen Arbeiten, Le Trocquer, der die Absicht hatte, mit seiner Begleitung heute mittag schon wieder von London abzureisen, hat seine Reise aufschieben müssen, da die Verhandlungen mit Bonar Law sich doch mehr in die Länge gezogen, als er angenommen hatte. Vorher war nämlich durch die Sitzung des Unterhauses einen großen Teil des Tages in Anspruch genommen. In englischen politischen Kreisen wird berichtet, daß die Aussprache mit den französischen Ministern in sehr freundlichem Tone vor sich gegangen sei. Irgeinwelche Auskünfte über die Beschlüsse, zu denen man gekommen ist, wurden aber von den amtlichen Stellen verweigert.

In französischen amtlichen Kreisen erklärt man, daß die Franzosen wenigstens etwas herausbringen würden. Trotzdem besteht hier die unbehagliche Stimmung gegen die französische Forderung der Durchfuhr der Kohlenzüge durch den Kölner Brückentopf fort. Man betont nach wie vor, es würde außerordentlich peinlich, daß Frankreich dort unangenehme Anfragen an England richtet. Im allgemeinen hat man den Eindruck, daß Le Trocquer mit dem Grundgedanken nach London gekommen ist, je mehr er verläßt, desto mehr werde er erreichen. Man hält es für wenig wahrscheinlich, daß die Durchfuhrerlaubnis durch die englische Zone erteilt wird. Natürlich sei es möglich, daß man den Franzosen die Erlaubnis zur Durchfuhr in der nordwestlichen Ecke des englischen Gebietes gebe und ihnen so die Möglichkeit verleihe, die Kohlentransporte von Düsseldorf nach Duren zu leiten. Man befürchtet, daß die deutschen Eisenbahnen sofort den Streit erklären, wenn die Engländer den Franzosen eine Hauptstraße freigeben, was für die Engländer große Unannehmlichkeiten im Gefolge hätte. Man will aber unter keinen Umständen in den Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland hineingezogen werden. Alle diese Erwägungen haben die Stellung der streife hier gestärkt, die die sofortige Zurückziehung der englischen Truppen vom Rhein fordern. In offiziellen Kreisen betont man jedoch, daß die Engländer das Abkommen aus mehreren guten Gründen nicht verlassen können. Es verläutet, daß der Hauptgrund der sei, daß England durch sein Verbleiben im Rheinlande das Verhalten der Franzosen im Rheinlande beobachten wolle, falls diese versuchen sollten, das Ruhrgebiet vom Reich zu trennen.

Im Unterhause erklärte Unterstaatssekretär Mac Neill auf eine Anfrage, bisher seien die Franzosen nicht an England mit dem Ersuchen herantreten, einen Teil des englischen Territoriums im Rheinland an die Franzosen abzutreten. Wichtig sei allerdings, daß Frankreich von England Erleichterungen für den Kohlentransport verlaßt habe. Die englische Regierung habe juristische Autoritäten befragt, ob das französische Ansinnen legal sei oder nicht.

Im Unterhause erklärte der Arbeitervertreter Clunes, das französische Vorgehen im Ruhrgebiet sei unerhört und unentschuldigbar. Die englische Regierung müsse endlich aus ihrer Neutralität heraustreten und einen Vermittlungsversuch unternehmen. Der wirkliche Frieden könne nicht eintreten, solange Frankreich in so monströser Weise Deutschland verdrängen wolle, woher fort und gesund zu werden.

Bonar Law ist nach wie vor nicht bereit die Ruhrfrage dem Völkerverbande zu unterbreiten.

GA. Paris, 16. Febr. (Eig. Draht.) Auch heute vormittag liegen keinerlei authentische Informationen über den Verlauf der Londoner Besprechungen vor. Französische und englische amtliche Stellen hielten sich in Still-schweigen. Wie schwierig die Verhandlungen sind, ergibt sich daraus, daß der französische Minister Le Trocquer seine Abreise von London schon dreimal verschoben hat, zuerst von gestern nachmittags auf gestern abend, dann auf heute mittag und jetzt, falls die Londoner Verhandlungen zureichen, auf Samstag.

Dem „Gclair“ wird aus London berichtet, daß General Begand dort eintrifft, um an den angeblichen Verhandlungen über die Verdrängung der Grenzen des englisch besetzten Gebietes nach dem Bunde Frankreichs und Belgiens teilzunehmen.

Die meisten Völker können ihren Vessimis nicht verbergen und bereiten das Publikum darauf vor, daß die Verhandlungen vielleicht die Abberufung der englischen Truppen aus dem Rheinlande zur Folge haben werden. Die Zeitungen äußern dabei die Hoffnung, daß Bonar Law's Erklärung, diese Abberufung würde das Ende der Entente bedeuten, nicht ernst gemeint ist. Zu Berliner Gerüchten von einem angeblichen deutschen Wunsch, die südamerikanischen Staaten für eine Vermittlungssaktion zu gewinnen, wird wie der „Matin“ schreibt, gemeldet, daß Frankreich nur auf der Grundlage präziser deutscher Vorschläge in Verhandlungen eintreten könne. Ueber die geistigen Verhandlungen zwischen französischen und belgischen Industriellen ist bisher Näheres nicht zu erfahren. An amtlicher Stelle erklärt man, von diesen Verhandlungen, die letzten

falls keinen amtlichen Charakter tragen, nichts zu wissen.

Nach der „Journale industrielle“ werden die Verhandlungen über die Schaffung eines neuen Zahlungsmittels für die Rheinlande und Ruhr fortgesetzt. Man behauptet, man plane die Schaffung eines rheinischen Talers, dessen Einführung bevorstehe, und zwar für Anfang März.

WTB. London, 15. Febr. (Draht.) Unter der Überschrift „Vincennes niebergebrachte Politik, erste Krise“ veröffentlicht „Kall Wall and Klob“ eine Stelle ihres Berichtstatters, worin es heißt: Die französische öffentliche Meinung scheint endlich eine Periode des Zweifel durchzumachen, ob die Befehle des Ruhrgebietes und die von Vincennes unternommene Politik tatsächlich das einzige Heilmittel für die Reparations-schwierigkeiten Frankreichs seien. Es könne kein Zweifel darüber herrschen, daß es in Frankreich ein Erwachen aus der grauenhaften Last einer verzweifeltsten Finanzlage geben werde.

„Nicht erst zu nehmen.“

WTB. London, 16. Febr. (Draht.) Im Laufe der gestrigen Kammerausprache äußerte Abgeordneter Lacotte sein Bedauern darüber, daß die Regierung sich weigere, Auskunft über die Ruhrpolitik zu geben. Er kritisierte die Außenpolitik der Regierung gegenüber Deutschland, die er als nicht erst zu nehmen erklärte. Ein anderer Abgeordneter sprach von einem Verrat der gegen Frankreich, wegen der Kammerpräsident Einspruch erhob.

Die weitere Aussprache im Unterhause.

WTB. London, 16. Febr. (Draht.) Im Unterhause fragte Abgeordneter Bonar Law, ob nicht Vertreter der französischen Regierung gegenwärtig in London seien, und ob sie die Frage der Überlassung englisch besetzten Gebietes an die Franzosen nicht ausgenutzt hätten. Bonar Law erwiderte: Heute ist eine Sitzung abgehalten worden; sie ist auf morgen vertagt. Ich kann deshalb unmöglich irgendeine Information abgeben.

WTB. London, 16. Febr. (Draht.) Der Arbeiterführer Clunes erklärte u. a. nach: Die Rede Bonar Law's über Frankreich und Deutschland sei freimütigster als alles, was das Unterhause seit einiger Zeit gewohnt war zu hören. Frankreich sei offenbar immer noch von Furcht beherrscht, und diese Furcht würde solange fortbauern, als das hauptsächlichste französische Werkzeug Gewalt sei. Zur Orientierung bemerkte Clunes, wie auch immer die Beschlüsse der Angora-Regierung sein würden, die Arbeiterpartei werde sich jeder Diplomatie widersetzen, die darauf abziele, britisches Blut wegen auswärtiger Offiziere zu vergehen.

Abschneidung der Kalkzufuhr.

BB. Duisburg, 16. Febr. (Draht.) Die Besatzung verläßt, die Hochöfen des städtischen Gebietes durch Abschneidung der Zufuhr von Kalk zur Stilllegung zu bringen. Jeder Eisenbahnzuge noch Schiffe mit Kalk werden durchgelassen. Die Werk. sind noch für einige Zeit mit Kalk eingedeckt.

Belgien, der Antifister.

Pariser Meldungen deuten an, daß die belgische Regierung das Ausfuhrverbot für Ruhrzeugnisse erzwungen habe, während Vincennes lieber noch mit ihm gewartet hätte. Eine Düsseldorf-er Meldung des „Daily Chronicle“ bestätigt diese Auffassung. Das Ausfuhrverbot ist belgischen Ursprungs, und trotz des Jubels in der französischen Presse seien die französischen Kreise von diesem neuesten Schachzug gar nicht erregt. Barmen Belgien zu dem Ausfuhrverbot trieb, ist klar. Die Brüsseler „Grolle belge“ schreibt, die belgische Abschneidung des belgischen Gebietes vom übrigen Deutschland werde verhängnisvolle Folgen für den Hafen von Hamburg nach sich ziehen, über den man die meisten Fertigprodukte aus dem Ruhrgebiet nach dem Vereinigten Staaten und Südamerika verschifft habe. Jetzt werde man nur Ausfuhrbewilligungen von Fertigprodukten aus dem belgischen Deutschland erteilen, wenn diese Waren über Antwerpen oder Rotterdam nach Übersee gingen. — Dann werden die Waren über das holländische Rotterdam laufen und nicht über das belgische Antwerpen. Diese Fäden infolge der belgischen Politik gegen Deutschland immer mehr zurückgedrückt, während Hamburg wieder einen Riesenerfolg aufweist.

Das Abkommen mit der Badischen Anilin- und Sodafabrik.

WTB. Berlin, 15. Febr. (Draht.) Die Badische Anilin- und Sodafabrik teilt mit:

Die künftigen Verhandlungen zwischen der Badischen Anilin- und Sodafabrik und der französischen Regierung haben zu einer Reihe von Erörterungen in der Presse geführt, die der Öffentlichkeit bekannt sind. Durch die im Berliner Friedensvertrag erfolgte Gleichsetzung der Patente wurde die neue belgische Unter-

rische Stoff-Industrie schloß. In Amerika und England sind infolgedessen auch Konkurrenzfabriken entstanden. Frankreich, welches die Stoffindustrie in Europa während der langen Monate des Weltkrieges durch einen Stab von Kontrollkommissionen (Ingenieuren und Chemikern) beherrscht und alle Einzelheiten des Verfahrens durch zahlreiche Kommissionen studieren ließ, verwarf sich hierdurch neben den Patenten die Kenntnis des gesamten Produktionsgesanges. Unter dem Zwang dieser Verhältnisse mußte es als ein Erfolg bezeichnet werden, daß es im Einverständnis mit der Reichsregierung gelang, mit den Franzosen im November 1919 ein Abkommen zu treffen, demzufolge eine französische Fabrik nach dem Kaiser-Wald-Fabrik zur Zeichnung des französischen Bedarfs an dieser Fabrik errichtet werden sollte. Für den deutschen Anlageneigentümer bedeutete das Abkommen mit den Franzosen eine ungeheure Weiterentwicklung des Betriebes in Europa und damit die Sicherstellung des Stoffbedarfes der deutschen Volkswirtschaft in den letzten drei Jahren.

Wenn heute die Franzosen von Deutschland über die Mengen aus dem Berliner Friedensvertrag hinaus die belgische Menge an Stoffen verlangen, so ist diese Forderung von Deutschland zurückgewiesen worden, weil die Franzosen auf Grund des abgeschlossenen Vertrages die Möglichkeit haben, schon vor drei Jahren die Stofffabrik zu bauen. Gätten die Franzosen den Vertrag sofort ratifiziert und die Stofffabrik errichtet, so würden sie schon seit Jahr und Tag ihren Bedarf aus eigener Produktion decken können. Es ist deshalb für jeden rechtlich denkenden Menschen unverständlich, daß heute Frankreich trotz des Vertrages mit der Badischen Anilin- und Sodafabrik aus dieser eigenen Verfassung die Verletzung Deutschlands konstatieren will.

Der Vertrag mit Frankreich vom November 1919 ist seitens der Badischen Anilin- und Sodafabrik abgeschlossen worden, nicht in der Absicht, irgendwelche Gewinn zu machen, sondern einzig allein, um die fabriksbedingten Risiken der belgischen Forderung der Fabrik zu sprengen. Nachdem dieses Ziel erreicht war, hat die Fabrik nichts getan, um auf die praktische Ausführung des Vertrages hinzuwirken, mit dem Ergebnis, daß bis heute, über drei Jahre nach Vertragsabschluss, noch nicht mit dem Bau der französischen Fabrik begonnen ist. Im übrigen ist darauf hingewiesen, daß das Abkommen bereits im Jahre 1920 in Tages- und Nachdrucke gedruckt worden ist, ohne daß daran Erörterungen und Angriffe irgendwelcher Art geknüpft wurden.

„Verletzung“ einer neuen Verletzung Deutschlands.

WTB. Paris, 15. Febr. (Draht.) Der Wiederherstellungsausschuß hat von der Rolle der deutschen Rüstungsindustriekommission vom 22. Januar 1923 Kenntnis genommen, die den Versuch von Maschinen und Material, das an Belgien und Frankreich zurückgekauft ist, aufhebt, und hat mit drei Stimmen bei einer Stimmenthaltung, der des englischen Vertreteris, die „Verletzung Deutschlands“ festgestellt.

Der Reichskanzler über das deutsche Volksoffer.

TU. Berlin, 16. Febr. (Draht.) Gehern fand in der Reichskanzlei die erste Sitzung des Vertrauensauschusses des deutschen Volksoffers statt. Der Reichskanzler schilderte in großen Zügen die Entziehung des Reichsvolksoffers. Er teilte mit, daß

rund 3 Milliarden Mark, außerdem mehrere tausend Millionen in Devisen eingegangen

seien. Nicht berücksichtigt seien die noch bei den Ausschüssen im Lande liegenden, zweifellos sehr erheblichen Beträge. Das

Geldwert der Volksoffer habe bis zum 6. dieses Monats rund 400 Eisenbahnwagen mit Lebensmitteln zugeführt.

Der Reichskanzler streifte weiterhin Verdächtigungen gegen das deutsche Volksoffer, wozu keinerlei Anlaß vorliege. Ausdrücklich betonte er, daß die im Namen des deutschen Volksoffers aufkommenden Beträge unter keinen Umständen zur politischen Verberäugung oder zur Ermächtigung der Verpflichtungen der öffentlichen Fürsorge dienen soll. Mit dem Dank an alle, die sich bisher in den Dienst des deutschen Volksoffers gestellt haben, nicht zuletzt auch an die deutsche Presse, verband der Reichskanzler die Bitte, unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß die Gefährdung erhalten bleibe.

Die dem Ausschuss vorgelegten Richtlinien für die Sammlung und Verwertung des deutschen Volksoffers fand grundsätzliche Billigung. Das deutsche Volksoffer ist dazu bestimmt, Notstände zu beheben und zu lindern, die aus Anlaß des Einbruches im Ruhrgebiet auf deutschen Völkern und zwar zunächst im Einbruchgebiet und im angrenzenden Gebiet, dann auch darüber hinaus — entstehen. Zur weiteren Durchführung des Volksoffers wird ein Arbeitsausschuß gebildet, dem Vertreter des reichsdeutschen Volkes, Arbeiter und Arbeitnehmer, der Beamenschaft, der Presse, der kommunalen und karitativen Verbände, der Ruhrhilfe, der Wirtschaftsoffiziere und der Landwirtschaft angehören. Dieser Ausschuss wird in den nächsten Tagen zusammenzutreten. Ein Ausschuss, dem Führer der Bankwelt angehören, ist bereits bei der Geschäftsstelle des deutschen Volksoffers gebildet worden. Beschlossen wurde ferner, sofort für das rheinisch-westfälische Gebiet rechts und links des Rheines 500 Millionen zur Verfügung zu stellen. Eine entsprechende Summe für das übrige besetzte Gebiet soll zur Ausschüttung gebracht werden, sobald die erforderlichen Unterassessoren gebildet sind. Diese Unterassessoren sollen in enger Fühlung mit allen Bevölkerungsschichten arbeiten, um von vornherein eine zweckmäßige und gerechte Verwertung der Mittel zu gewährleisten.

Nicht aufputschen lassen!

Ein Aufruf an die Bergarbeiter.

GA. Bochum, 15. Febr. (Eig. Draht.) Der alte Bergarbeiterverband, der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter, die Polnische Berufsvereinigung und der Hirsch-Dundersche Gewerkschaften vereinigen einen Aufruf an die Bergarbeiter, in dem sie unter Hinweis auf die Ereignisse der letzten Zeit die Bergarbeiter davor warnen, sich von den Franzosen provozieren zu lassen. Dies sei offenbar die Absicht der Franzosen, die auf diese Weise ihr Ziel zu erreichen hoffen, nachdem es ihnen nicht gelungen ist, die zähe, erfolgreiche Abwehrarbeit der Bergarbeiter zu verhindern, und die von einem allgemeinen Aufstand der Bevölkerung und besonders der Arbeiterschaft eine Förderung ihrer Ziele erhoffen. Der Aufruf warnt vor den Nachschüssen der Kommunisten, die mit ihrer Forderung des Generalstreiks bewußt oder unbewußt nur die Ziele Vincennes fördern.

Ein weiterer Aufruf der Bergarbeiter.

BB. Berlin, 16. Febr. (Draht.) Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus Düsseldorf veröffentlicht der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter, die Polnische Berufsvereinigung und der Hirsch-Dundersche Gewerkschaften einen Aufruf an die Arbeiterschaft der Welt, in dem es heißt:

Witten im Frieden ist die Bevölkerung des Rhein- und Ruhrgebietes von französisch-belgischer Militärmacht überfallen worden. Die organisierte Arbeiterschaft ganz Deutschlands hat den Kampf gegen Imperialismus und Militarismus aufgenommen. Diesen Kampf führt sie nicht mit militärischen Waffen und Gewalt, sondern durch politischen Widerstand gegenüber gewalttätiger Unterdrückung und Knechtung. Verhandlungen, Ermordungen und Bergmännungen friedlicher Menschen sind die Spuren des französisch-belgischen Militarismus. (Der Aufruf führt eine Reihe von Beispielen dafür an.) In entsetzlicher und grausamer Weise wird die friedliche und wehrlose Ruhrbevölkerung von Offizieren mit Reitpfeissen mißhandelt. Auf Essen wurden an einem Tage allein 22 solcher Mißhandlungen gemeldet. Große Erbitterung der Ruhrbevölkerung ist die Folge. Der Druck der Fremdherrschaft trifft ganz besonders die Arbeiter, die Frauen und Kinder, die alten Invaliden, Waisen und Waisen. Schlimmstes Elend ist die Folge der Verdrängung. Dies jedoch nicht allein. Die französische Militärherrschaft schändet die Zivilisation, verbündet den Wiederaufbau Europas und desorganiert das ganze wirtschaftliche Leben der Welt zum Schaden aller Völker. Das Vorgehen der Besatzungstruppen wird die Arbeiterschaft Deutschlands in ihrem Kampf nicht schwächen. Im Gegenteil, wir sind entschlossen, den Kampf gegen Imperialismus und Militarismus zu seinem Ende zu führen. An alle Arbeiter der Welt wenden wir uns, uns in diesem Kampf zu unterstützen, denn unser Sieg ist auch euer Sieg.

Der „Vorwärts“ über die Lage.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht einen Drahtbericht seines Dortmunder Berichtstatters über die Lage im Ruhrgebiet, in dem zunächst vor Ueberretungen ausgenommen der Franzosen gewarnt wird. Es heißt dann weiter:

Es entspricht lediglich der Wahrheit, wenn wir feststellen, daß sich die Lage von Tag zu Tag verschärft, und daß sowohl Deutschland wie Frankreich unter dieser Verdrängung wirtschaftlich im gleichen Maße leiden. Im internationalen Bereich besteht kein Grund, sich gegenseitig ein starker Kohlenmangel bemerkt. Der Eisenbahnverkehr steht hier; eine ganze Zahl von Kohlenlastautos ist von der Besatzung beschlagnahmt, so daß Betriebsbeschränkungen nicht ausgeschlossen sind. Der Düsseldorf-er Nachrichtenpräsident hat bisher bei der Besatzung vergeblich versucht, hier Hilfe zu schaffen. Allerdings ist für das alt- und neubefestigte Gebiet der Scheitern: Burgard und dem preussischen Landwirtschaftsministerium zum Ernährungskommissar ernannt worden. Eine Hilfe wird ihm die in Aussicht genommene Buchstelle in Dortmund leisten. Wir sind uns klar darüber, daß Burgard eine schwierige Aufgabe übernommen hat. Die Verhältnisse sind alles andere als glänzend. Die Förderung von Lebensmitteln auf den Straßenbahnen und mit Autos macht Schwierigkeiten. Von der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln hängt letzten Endes alles ab. Diese Aufgabe ist leichter als die Franzosen, deshalb ihre Kritik. Wir verhindern endlich, die Lebensmittelzufuhr direkt zu unterbinden, aber ihre Maßnahmen lassen keinen Zweifel darüber, daß sie darauf ausgehen, zum mindesten für die Versorgung mit dem täglichen Bedarf Schwierigkeiten zu machen. Nur ein Beispiel: Der Ernährungsminister hat am Mittwoch verurteilt, den Bahnhof Drenth wenigstens für die Wiederaufbau freizugeben.

Die Franzosen erklärten, diesem Wunsch insofern nachzukommen, als sie gestatten wollten, daß täglich drei Wagen mit Milch den Tag über durchfahren. Dieses Zugeständnis, das nicht einmal die Transportkosten lohnt, kennzeichnet die Absicht klar; hier entgegenzuwirken, haben sich die Gewerkschaften zur Pflicht gemacht. Zunächst werden sie schon in den nächsten Tagen mit großangelegten Aufräumarbeiten beginnen.

Ausweisungen, Verhaftungen und andere Gewalttaten.

GA. Bismarck, 15. Febr. (Eig. Draht.) Der Redakteur der „Hunsrück-Zeitung“, Sommerhub, wurde gestern Abend ohne Angabe der Gründe verhaftet.

GA. Bismarck, 15. Febr. (Eig. Draht.) Am 8. dieses Monats wurde in der Stadt Bismarck, im Hause der Klempner Wilhelm Thon ohne Grund von einem französischen Militärspion aus dem Haus geworfen, wobei er durch einen französischen Soldaten verletzt wurde. Der Verletzte wurde in das Krankenhaus eingeliefert. Dem Verhafteten sind dabei 27.000 Mark abhandelt worden.

GA. Bismarck, 15. Febr. (Eig. Draht.) Bei der Verhaftung der Androsch des französischen Kommandanten, nach und nach den gesamten Materialbestand zu raufen, ist heute begonnen worden. Nachdem bereits vor einigen Tagen die beiden Bürgermeister verhaftet worden waren, wurde heute der Stadtbaurat Knoch, der sich weigerte, die Befehle auszuführen, verhaftet und abgeführt.

WTB. Bismarck, 15. Febr. (Eig. Draht.) Die Rheinlandkommission hat heute über 20 Personen ausgewiesen, zum größten Teil Beamte. Außerdem ist der Obersteuerrat a. D. Schopp in Bismarck ausgewiesen worden, weil er angeblich den Widerstand gegen die Besatzungsmacht organisiert haben soll.

Mit einem Auto in eine Schülergruppe

GA. Bismarck, 15. Febr. Auf dem Hofe der Schule an der Weinmännchen Straße waren die Schüler nach der Schule um 12½ Uhr im Begriff, sich aufzustellen. In diesem Augenblick fuhr ein französisches Besatzungsauto in schneller Fahrt durch das Tor der Schule auf den Hof. Ein Signal ist von den Jungen nicht gehört worden. Der Schüler Mathias wurde von dem Wagen überfahren. Nach dem Unfall fuhr das Auto weiter. Der Arzt stellte bei dem überfahrenen Knaben einen Oberschenkelbruch und eine Verletzung der rechten Hüfte fest. Der Oberbürgermeister hat aus diesem Grunde, aber auch überaus im allgemeinen Einpruch gegen das Fahren der französischen Kraftwagen erhoben und um Abhilfe gebeten.

Weil er kein Feuer geben konnte!

WTB. Bismarck, 15. Febr. (Eig. Draht.) In Gelsenkirchen wurde der Kaufmann Otto Steinbach von einem belgischen Offizier auf der Straße verhaftet, weil er ihm auf sein Verlangen kein Feuer geben konnte. Steinbach soll vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Der Griff nach dem Privatbesitz.

GA. Düsseldorf, 15. Febr. (Eig. Draht.) Die Besatzungsmacht hatte die Stadtwirtschaft ausgenommen, ihr die Bäckerei von Monreal & Anberger zur Verfügung zu stellen. Der Oberbürgermeister hat dieses Verlangen abgelehnt unter Hinweis darauf, daß die Bäckerei für die Lebensmittelversorgung der Stadt unentbehrlich sei. Unter Hinweis auf den gleichen Befehl hat der Oberbürgermeister gegen das Vorgehen des Militärintendanten Einspruch erhoben, der ohne Vermittlung der Stadt durch die Besatzungsmacht 39 Stück Vieh als Privatbesitz beschlagnahmt.

GA. Bismarck, 15. Febr. (Eig. Draht.) In einem hiesigen Holzgeschäft beschlagnahmten die Franzosen für 2½ Millionen Mark Bretter und in einer Drogerie für 900.000 Mark Gelb und Farben.

GA. Bismarck, 15. Febr. (Eig. Draht.) Hier hat die Deputationskommission der Bergarbeiter beschlagnahmt worden. Ein französischer Kommandant, bei dem eine Abordnung der Bergarbeiter wegen der Beschlagnahme der Deputationskommission vorstellig wurde, bot den Bergarbeitern den unbedingten billigen Bezug von Lebensmitteln an, so Sped für 3400 Mark das Pfund, Polmin zu 2000 Mark und Schmalz zu 1050 Mark. (1) — Die Bergarbeiter werden auf diesen Vorschlag mit Bedacht hereinfallen.

GA. Bismarck, 15. Febr. (Eig. Draht.) In Bismarck haben die Besatzungsbehörden begonnen, die Wohnungen der ausgewiesenen Eisenbahner zu Quartieren zu benutzen.

GA. Bismarck, 15. Febr. (Eig. Draht.) Auf der Straße in Bismarck haben die Franzosen acht Häuser mit Gelb beschlagnahmt.

Strafen für Vorkott.

GA. Bismarck, 15. Febr. (Eig. Draht.) Der Kaufmann Rehm ist zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er sich weigerte, an Mitglieder der Besatzung Waren abzugeben.

GA. Bismarck, 15. Febr. (Eig. Draht.) Drei Beamte aus Bismarck, die den Verkauf von Waren an die Besatzungsstruppen verweigert hatten, wurden vom Kriegsgericht zu je 150.000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der Kampf gegen die nichtgründenden Schupo-Beamten.

GA. Bismarck, 15. Febr. (Eig. Draht.) Die beiden aus Bismarck stammenden Beamten, die heute Abend von den 31 Gelsenkirchener Verhafteten Schupo-Beamten 16 Wochen freigelassen worden. Aber das Schicksal der weiteren 15 Mann ist nicht bekannt.

GA. Bismarck, 15. Febr. (Eig. Draht.) Ein Polizeiwachmeister aus Bismarck ist heute vom Kriegsgericht wegen Nichtgründens zu 30 Tagen Gefängnis verurteilt worden.

GA. Bismarck, 15. Febr. (Eig. Draht.) Wegen Grubverweigerung ist hier ein Polizeihauptmann zu einem Monat Gefängnis und 200.000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Elf weitere Polizeibeamte wurden zu je acht Tagen Gefängnis und 100.000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die kritische Lage in Essen.

GA. Essen, 15. Febr. (Eig. Draht.) Hier ist nunmehr auch das Parlihotel beschlagnahmt worden, nachdem dort ein französischer Beamter die Besatzung verweigert worden war. Als Reaktion gegen die Verhaftung des Bürgermeisters Schäfer haben sämtliche Arbeiter, Metzger und Bäcker gestreikt.

Die Verkehrsschwierigkeiten.

WTB. Eibersfeld, 15. Febr. (Eig. Draht.) Über die Verkehrsschwierigkeiten am 15. Februar nachmittag wird uns berichtet:

Die Lage ist verschärft. Die Meldungen mehrten sich, daß an den Kontrollstellen überhaupt keine Güter nach dem unbesetzten Gebiet herausgelassen werden. Die Zahl der zurückgewiesenen Güterarten ist sehr groß. Für die militärisierten Zentren haben die Franzosen einen allgemeinen Fahrplan aufgestellt, in dem 24 Züge für den Tag vorgesehen sind. Darunter sind auch Franzosenzüge für die Zivilbevölkerung und Züge für die Verbringung der Zivilbevölkerung aufgenommen. Vor der Benutzung der Züge wird immer wieder gewarnt. Die Drohung, diejenigen Bediensteten, die sich nicht bereit erklären, unter französischem Befehl an den militärisierten Zentren Dienst zu tun, aus ihren Wohnungen zu weisen, ist jetzt auf einen großen Teil der Bahnbesitzer angewandt. Die Ausweisung wird systematisch durchgeführt. Es sind bereits einige Fälle gemeldet, in denen die Bediensteten die Wohnung innerhalb 24 Stunden räumen mußten.

Aus dem Ruhrbezirk ist besonders zu melden: Troisdorf hat mehr Güter als dem besetzten Gebiet herausgelassen, werden Güterzüge in der entgegengesetzten Richtung weitergefahren, insbesondere Lebensmittel, Getreide, Holz und sonstige für die Aufrechterhaltung der Arbeit erforderliche Stoffe.

Im Bezirk Köln sind die Zentren Heinsberg, Manderscheid, Pöndersdorf-Heinsberg-Eifel, Münstereifel-Station, Runderberg bei Euskirchen und Brühl-Heim-Heinsberg wieder in Betrieb genommen.

WTB. Essen, 15. Febr. (Eig. Draht.) Die Güterblockade wird merklich schärfer. Alle Produkte aus Essen, auch Kleinindustrie als Stadtkorn verpackt, werden zurückgehalten. Die Franzosen erzwingen Stückgutwagen, öffnen die Kisten usw. Auch sämtliche Waren aus Essen, die für das Ausland bestimmt sind, werden zurückgehalten. So befinden sich in Lünen-Nord drei Wagen mit Maschinenteilen, die für Argentinien bestimmt sind. Die Franzosen haben auch alle und

geschlossen. Die Reichsbank ist heute morgen von Franzosen besetzt worden.

GA. Essen, 15. Febr. (Eig. Draht.) Heute nachmittag ist durch ein großes Militärkommando das Stadttheater und das Rathaus mit Maschinengewehren besetzt worden. Abends wurde auch der Bahnhof von Essen mit Maschinengewehren besetzt.

WTB. Essen, 15. Febr. (Eig. Draht.) Heute mittag 12 Uhr wurde die Reichsbank besetzt. Eine kleine Menschenmenge sammelte sich auf dem Platz vor dem Kaiserhof an. Durch eine in den Nebenhäusern bereitgestellte Abteilung wurde darauf der Platz sofort geräumt. Obgleich die wenigen Passanten der Aufforderung zur Räumung sofort und ohne Widerstand nachkamen, wurden sie von den französischen Soldaten mit Bajonetten und Knütteln mißhandelt. Ob es sich um eine Befragung der Reichsbank oder um die Verhaftung der leitenden Persönlichkeiten handelt, konnte zurzeit noch nicht festgestellt werden.

WTB. Essen, 15. Febr. (Eig. Draht.) Das gewaltsame Einbringen der Franzosen in Geschäfte und Lebensmittelgeschäfte wurde fortgesetzt. Die gestrige „Wiltelbeld“-Aufführung im Stadttheater führte zu einer spontanen Kundgebung.

Objektive Zeugen bestätigen die Festkörnungswelt.

GA. Gelsenkirchen, 15. Febr. (Eig. Draht.) Die örtliche Presse hatte es übernommen, den im Ruhrgebiet befindlichen Vertretern der ausländischen Zeitungen Gelegenheit zu geben, die von den Franzosen zerstörten Unterstände, Räume der Schupo und das vollständig demolierte Wohlfahrtsamt für Kriegsheimatliche, Sozial- und Kleinrentner zu zeigen, um sie durch Augenzeugen von der rücksichtslosen, brutalen Festkörnungswelt der Franzosen zu überzeugen. Der Eindruck des Gezeigten war überwältigend. Weltweit kam die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß noch nie ein Volk so aufgetreten ist wie die Franzosen.

Die Gistquelle.

TU. Dortmund, 15. Febr. (Eig. Draht.) Die Zentrale der französischen Propaganda für das Ruhrgebiet befindet sich angeblich in Siepel. Sie wird geleitet von fünf hiesigen Deutsch sprechenden Franzosen. Der Nachschub von Flugblättern erfolgt im Auto und kommt aus Frankreich.

Lächerlich.

GA. Düsseldorf, 15. Febr. (Eig. Draht.) Auf Grund einer anonymen Anzeige (1) haben französische Genarmen in der Wohnung des jugendlichen Telegraphenbediensteten Reich in Düsseldorf Hausung abgehalten. Wegen des Bestehens der Kriegserinnerungen, die sein Vater aus dem Felde mitgebracht hatte, ist er vom französischen Kriegsgericht zu vier Tagen Gefängnis verurteilt worden. Die Strafe hat er sofort antreten müssen.

Raid!

GA. Berlin, 15. Febr. (Eig. Draht.) In „Le Journal industriel“, dem Organ der französischen Großindustrie, wird in einer Betrachtung der gegenwärtigen Lage gesagt, daß man die deutschen Grubenbesitzer und Großindustriellen im Ruhrgebiet dazu bringen müsse, daß sie vorläufig Kohlen weiter liefern, nicht an den französischen Staat sondern an die französische Privatindustrie. Diese Franzosen können besonders leistungsfähige Erze und andere französische Produkte dafür erhalten. Diese Franzosen würden ein einfaches Geschäft und hätte deshalb nicht aufzugeben. Wenn die deutschen Grubenbesitzer zwischen Ruin und einem guten Geschäft zu wählen hätten, da dürfte die Entscheidung nicht zweifelhaft sein.

Es zeigt in Deutschland sehr, daß sich der Kampf an der Ruhr hauptsächlich um die Herrschaft der französischen Industrie dreht. Niemand in Deutschland wird den Vorschlag der „Journale industrielle“ für ein gutes Geschäft halten.

gebrauchte Trudermaschinen nicht durchgelassen. Personenzüge, die aus dem unbesetzten in das Einbruchgebiet fahren, werden mehr und mehr auf Pfaffen hin untersucht.

GA. Bochum, 15. Febr. (Eig. Draht.) Die Bahnhofe der Stadt und Vorhänge liegen still. Dortmund ist von Hamm aus nur über Schwerte zu erreichen.

Essen als französische

Eisenbahndirektion? TU. Essen, 15. Febr. (Eig. Draht.) Nach Erklärungen französischer Offiziere, die einen Teil des Essener Direktionsgebäudes besetzt hatten, wird als nächste Maßnahme geplant, den ganzen Dienstbetrieb der Essener Verwaltung aufzuheben. Nach der Beschlagnahme sämtlicher Räume des Dienstgebäudes soll dann dort eine französische Eisenbahndirektion für den gesamten Ruhrbezirk eingerichtet werden.

TU. Essen, 15. Febr. (Eig. Draht.) Zum Reichskommissar für die Eisenbahnen im Ruhrgebiet wurde Oberregierungsrat Nieder in Eibersfeld ernannt.

Telephon und Telegraph.

GA. Berlin, 15. Febr. (Eig. Draht.) Die Lage im Telephon- und Telegrammbetrieb ist im besetzten Gebiet sehr folgendermaßen: Düsseldorf ist telephonisch und für Telegramme unterbrochen. Nach Essen werden nur dringende Telegramme befördert. Duisburg und Duisburg-Nord arbeiten nicht oder unregelmäßig. Mit Essen war gestern jeder Verkehr gelähmt, da die Besatzungsbehörden alle Leitungen stromlos gemacht hatten. Heute morgen ist der Verkehr wieder aufgenommen worden. Kleine Städte sind zum Teil ganz, anderwärts teilweise gelähmt. So arbeitet Bitten überhaupt nicht. Gattungen teilweise. Die Telephonverbindung Hamburg-Paris ist seit dem 1. Februar gelähmt, da die Franzosen von diesem Tage ab die Strecke Düsseldorf-Paris für sich beschlagnahmt haben.

Sperrung an der Lippe.

GA. Bismarck, 15. Febr. (Eig. Draht.) Die auf der Lippebrücke der Dortmunder Nationalen Zonen sind gestern in Tätigkeit getreten. Alle sperrtätigen Waren werden zurückgehalten.

Das leere Gefängnis.

GA. Berlin, 15. Febr. (Eig. Draht.) Von dem belgischen Militärgericht in Duisburg wurden gestern zwei belgische Gefängnisbeamte, die von den Belgiern verhaftet worden waren, weil sie sich auf Anordnung des Justizministers gemeldet hatten, von der Besatzungsbehörde eingekerkert. Gefangene anzunehmen, zu je sechs Monaten Gefängnis und 50.000 Mark Geldstrafe sowie Ausweisung aus dem besetzten Gebiet nach Verurteilung der Strafe verurteilt. Wegen des Urteils ist Verurteilung eingeleitet worden. Sämtliche Beamte des Gefängnisses haben die Arbeit niedergelegt. Die Schwerenarbeiter sind nach Düsseldorf und Aachen abtransportiert worden. Die Leichtarbeiter haben sechs Monate Urlaub bekommen. Das Gefängnis ist vollkommen leer.

Ischischischer Rots für Frankreich.

WTB. Jülich, 15. Febr. (Eig. Draht.) Nach einem Bericht der „Jülicher Nachrichten“ sollen täglich Züge mit tschechischem Rots über Aachen und die Schweiz in das französische Industriegebiet gehen.

Recht gemacht.

TU. Bismarck, 15. Febr. (Eig. Draht.) Als eine französische Kommission gekürt die Union der Vernichtung - A. - halt in Jülich besichtigt wurde, geriet die Arbeiterchaft in eine solche Erregung, daß die Kontrollkommission es vorzog, Recht zu machen.

Ruhrspende der Deutschen in Südafrika

GA. Hamburg, 15. Febr. (Eig. Draht.) Die Deutschen in Südafrika haben 250.000 Pfund Sterling (2750.000.000 Papiermark nach dem Kurs von gestern) als dritte Rate für die Ruhrspende an die Hamburger Bankfirma Hermann & Handmann überwiesen.

Holländische Ruhrspende.

WTB. Hamburg, 15. Febr. (Eig. Draht.) Bürgermeister Dr. Diehl nahm heute von dem Vorstand des niederländischen Vereins „Die Freundschaft“ einen Scheck von 3 Millionen Mark für die Ruhrspende entgegen. Die Summe wurde von den hier weilenden Holländern gesammelt, die noch weitere Mittel zur Beschaffung von Rots für die Kinder im Ruhrgebiet aufbringen wollen.

Warnung vor französischen Schulen.

Berlin, 15. Febr. (Eig. Draht.) Die katholische Geistlichkeit des belarischen Saarbrücken hat eine Entschließung gefaßt, in der sie die katholischen Eltern davor warnt, ihre Kinder in die von den Franzosen eingerichteten Schulen zu schicken, da diese Schulen nicht den Anforderungen einer konfessionellen Schule entsprechen und ferner sich zu einer solchen Gefahr für die deutsche Schule auswirken. Die Geistlichkeit habe sich aus Gewissenspflicht gegenüber der deutschen Heimat und ihrer Bevölkerung zu der Warnung verpflichtet gesehen.

Die Ohnmacht der Internationale.

WTB. Frankfurt a. M., 15. Febr. Der erste Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes Timmen sprach gestern Abend vor den Funktionären des Frankfurter Gewerkschaftsrates über die Weltlage und die Aufgaben des internationalen Proletariats. Nachdem er den schlechten Stand der Arbeiterbewegung in Frankreich, Italien und England geschildert hatte, betonte er, daß die Arbeiterbewegung der Internationale bei der Ruhrbesetzung die Erwartungen der deutschen Arbeiterchaft nicht erfüllt habe. Anstatt der Ohnmacht der Arbeiterchaft in den alliierten Ländern sei es nahezu unmöglich, die Arbeitermassen zu einem internationalen Kampf zu bewegen.

Schulden und Verzicht.

Eine Erklärung Poincarés.

BB. Paris, 15. Febr. (Eig. Draht.) In der heutigen Sitzung der französischen Kammer teilte der Präsident Paul Heret mit, daß der Kriegsminister die Zahl der ins Ruhrgebiet entsandten französischen Eisenbahn- und Telegraphenbeamten erhöht habe. Als dann zu dem Gesetzentwurf über eine der polnischen Regierung zu bewilligende Anleihe in Höhe von 400 Millionen Franken der Abgeordnete Engerand das Wort ergriff, sah sich Poincaré zu der kurzen Erklärung veranlaßt: Am dem Tage, wo Frankreichs Gläubiger und die Schulden erlassen werden, ist Frankreich seinerseits bereit, auf seine Forderungen Verzicht zu leisten.

Amerika als Gläubiger.

GA. Washington, 15. Febr. (Eig. Draht.) Der Senat verhandelte gestern über das englisch-amerikanische Abkommen. Senator Wood hat die Annahme des Abkommens und die Entlastung der Schuldner Amerikas für die Entlastung seiner Schulden. Amerika werde alles tun, um die Rückzahlung der durch den Krieg verursachten Schulden zu beschleunigen. Der demokratische Senator Underwood sprach ebenfalls für das Abkommen, wies aber darauf hin, daß die anderen Schuldnerstaaten dieselben Bedingungen auferlegt erhalten sollten wie England. Woodward schließlich wird das Abkommen heute vom Senat angenommen werden. Senator Borah brachte eine Entschließung ein, die einen internationalen Kongress vorschlägt, dessen Teilnehmer verpflichtet sein sollen, die Kriegsschulden und Kriegsgewinne in eigenen Anteilen zu bezahlen.

WTB. Washington, 15. Febr. (Eig. Draht.) Der Republikaner Boigt hat im Repräsentantenhaus eine Entschließung eingebracht, in der gegen die Besetzung des Ruhrgebietes durch die Franzosen protestiert wird. Der Präsident Harding eine Resolution einbrachte, die es in der Entschließung, Frankreich möge Maßnahmen treffen, um seine Kriegsschulden zu bezahlen.

Smyna.

Die Antwort auf das Ultimatum.

WTB. Paris, 15. Febr. (Eig. Draht.) Die Agentur Havas meldet aus Konstantinopel:

Die Oberkommission der Verbündeten in Konstantinopel haben dem Vertreter der Regierung von Ankara die Antwort Großbritanniens, Italiens und Frankreichs auf die türkische Note, in der die Abkehr der Kriegsschiffe der Verbündeten, die vor Smyrna liegen, gefordert wird, übergeben. Die verbündeten Regierungen lehnen es ab, den türkischen Forderungen nachzugeben. Immerhin ist man in französischen Kreisen der Ansicht, daß, wenn die Türken auf ihr Ultimatum verzichten, die Verbündeten ihrerseits einen gleich verhältnismäßigen Schritt im Interesse des Friedens setzen müssen, um den Türken zu beweisen, daß die Verbündeten keinen Hintergedanken haben, indem sie von den 22 Schiffen, die augenblicklich vor Smyrna liegen, nur zehn zurückbelassen. Das ist genau die gleiche Zahl, die sich vor dem Balkanstellung vor befinden hat.

WTB. Paris, 15. Febr. (Eig. Draht.) Der „Parisien“ erzählt: Die türkischen offiziellen Kreise in Konstantinopel wünschen dem Zwischenfall von Smyrna ein Ende zu machen unter Bedingungen, die für jedermann ehrenvoll wären.

Eine Vorkurs an die Türken?

BB. London, 15. Febr. (Eig. Draht.) In Erwartung der Ankunft James Paichas in Konstantinopel haben der britische Geschäftsträger Henderson und General Harrington eine Vorkurs an Lord Curzon an James Paichas in Bereitschaft, in der gesagt wird, daß England die Konsequenzen von Lausanne nicht als abgebrochen ansehe, und daß es auf einen baldigen endgültigen Abschluß des Friedens hoffe.

Türkisches Nationalgefühl.

WTB. London, 15. Febr. (Eig. Draht.) Reuter meldet aus Konstantinopel, alle Konzeptionsgesellschaften in der Türkei müßten nach dem neuesten Wortlaut der Resolutionen im Hinblick auf die Haltung und Korrespondenz in türkischer Sprache führen. Gemündliche ausländische Hilfen sind verpflichtet, auf in türkischer Sprache an sie gerichteten Briefen in der gleichen Sprache zu antworten.

Deutscher Reichstag.

WTB. Berlin, 15. Febr. (Eig. Draht.) Im Reichstag wurde der

Etat des Innern

wetterberaten.

Abg. Barth (D.) begrüßte den Protest des Hauses gegen den Ruhrreiß und kritisierte die schädlichen Verfügungen auf Beschränkung einiger christlicher Feste. Er griff die Politik des französischen Ministerpräsidenten an, der seine Beamten durch Druck auf den Weg zu Repressionen zwingen wolle.

Schlesischer Ministerpräsident wies die Angriffe des Vorredners als unbedeutend zurück.

Abg. Wenzel (D.) betonte, daß die deutschen Monarchisten Gegner des deutschen Staates seien. Das beweise schon der Epigramm der am 1. Januar monarchistischen Beamten im Ruhrgebiet im Kampf für den deutschen Staat. Die deutsche Volkspartei behalte sich vor, jederzeit auf verfassungsmäßigen Wege eine Veränderung der Staatsform zu erstreben. Damit sei es ebenso wenig staatswidrig wie die Sozialdemokratie, die ja auch eine andere sozialistische Staatsform erstrebe. Nicht aus der Arbeiterchaft, sondern die gesamte Bevölkerung des Ruhrgebietes ohne Parteinteressen verdient für den berechtigten Kampf den höchsten Dank des Vaterlandes.

Abg. Weiss (D.) forderte Maßnahmen, um dem schmerzlichen Hunger des Handwerkers zu helfen. Das Volksgesetz müsse strengstens durchgesetzt werden. Die Maßnahmen gegen die Schwerkriegs dürften nicht zu unnötigen Schädigungen des sozialen Wohlbefindens führen.

Wegen nachmittag 2 Uhr Weiterberatung. Schluß: nach 6 Uhr.

GA. Berlin, 15. Febr. (Eig. Draht.) Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages verhandelte heute über die Konzeptionsmaßnahmen zu Gunsten der Invalidenrentner und Heile entzogen den Beschäftigten des Reichstages die Regierungsvorlage wieder der, nach der das Reich 80 Prozent, Kant und Gemeinden 20 Prozent der Unterhaltungsbeiträge aufbringen wollen. Ferner wurde beschlossen, daß alle Personen, die unter der Sozialversicherungsgesetz stehen, in ihren Beiträgen den Konzeptionsmaßnahmen beizutreten haben.

WTB. Berlin.

WTB. Berlin, 15. Febr. (Eig. Draht.) Der Reichstag hat heute die Konzeptionsmaßnahmen zu Gunsten der Invalidenrentner und Heile entzogen den Beschäftigten des Reichstages die Regierungsvorlage wieder der, nach der das Reich 80 Prozent, Kant und Gemeinden 20 Prozent der Unterhaltungsbeiträge aufbringen wollen. Ferner wurde beschlossen, daß alle Personen, die unter der Sozialversicherungsgesetz stehen, in ihren Beiträgen den Konzeptionsmaßnahmen beizutreten haben.

für die

GA. Berlin, 15. Febr. (Eig. Draht.) Der Reichstag hat heute die Konzeptionsmaßnahmen zu Gunsten der Invalidenrentner und Heile entzogen den Beschäftigten des Reichstages die Regierungsvorlage wieder der, nach der das Reich 80 Prozent, Kant und Gemeinden 20 Prozent der Unterhaltungsbeiträge aufbringen wollen. Ferner wurde beschlossen, daß alle Personen, die unter der Sozialversicherungsgesetz stehen, in ihren Beiträgen den Konzeptionsmaßnahmen beizutreten haben.

Die Sorge

GA. Berlin, 15. Febr. (Eig. Draht.) Der Reichstag hat heute die Konzeptionsmaßnahmen zu Gunsten der Invalidenrentner und Heile entzogen den Beschäftigten des Reichstages die Regierungsvorlage wieder der, nach der das Reich 80 Prozent, Kant und Gemeinden 20 Prozent der Unterhaltungsbeiträge aufbringen wollen. Ferner wurde beschlossen, daß alle Personen, die unter der Sozialversicherungsgesetz stehen, in ihren Beiträgen den Konzeptionsmaßnahmen beizutreten haben.

Polizeisturm

GA. Berlin, 15. Febr. (Eig. Draht.) Der Reichstag hat heute die Konzeptionsmaßnahmen zu Gunsten der Invalidenrentner und Heile entzogen den Beschäftigten des Reichstages die Regierungsvorlage wieder der, nach der das Reich 80 Prozent, Kant und Gemeinden 20 Prozent der Unterhaltungsbeiträge aufbringen wollen. Ferner wurde beschlossen, daß alle Personen, die unter der Sozialversicherungsgesetz stehen, in ihren Beiträgen den Konzeptionsmaßnahmen beizutreten haben.

Organisationen

GA. Berlin, 15. Febr. (Eig. Draht.) Der Reichstag hat heute die Konzeptionsmaßnahmen zu Gunsten der Invalidenrentner und Heile entzogen den Beschäftigten des Reichstages die Regierungsvorlage wieder der, nach der das Reich 80 Prozent, Kant und Gemeinden 20 Prozent der Unterhaltungsbeiträge aufbringen wollen. Ferner wurde beschlossen, daß alle Personen, die unter der Sozialversicherungsgesetz stehen, in ihren Beiträgen den Konzeptionsmaßnahmen beizutreten haben.

Rein für

GA. Berlin, 15. Febr. (Eig. Draht.) Der Reichstag hat heute die Konzeptionsmaßnahmen zu Gunsten der Invalidenrentner und Heile entzogen den Beschäftigten des Reichstages die Regierungsvorlage wieder der, nach der das Reich 80 Prozent, Kant und Gemeinden 20 Prozent der Unterhaltungsbeiträge aufbringen wollen. Ferner wurde beschlossen, daß alle Personen, die unter der Sozialversicherungsgesetz stehen, in ihren Beiträgen den Konzeptionsmaßnahmen beizutreten haben.

Mord

GA. Berlin, 15. Febr. (Eig. Draht.) Der Reichstag hat heute die Konzeptionsmaßnahmen zu Gunsten der Invalidenrentner und Heile entzogen den Beschäftigten des Reichstages die Regierungsvorlage wieder der, nach der das Reich 80 Prozent, Kant und Gemeinden 20 Prozent der Unterhaltungsbeiträge aufbringen wollen. Ferner wurde beschlossen, daß alle Personen, die unter der Sozialversicherungsgesetz stehen, in ihren Beiträgen den Konzeptionsmaßnahmen beizutreten haben.

Verdärfur

GA. Berlin, 15. Febr. (Eig. Draht.) Der Reichstag hat heute die Konzeptionsmaßnahmen zu Gunsten der Invalidenrentner und Heile entzogen den Beschäftigten des Reichstages die Regierungsvorlage wieder der, nach der das Reich 80 Prozent, Kant und Gemeinden 20 Prozent der Unterhaltungsbeiträge aufbringen wollen. Ferner wurde beschlossen, daß alle Personen, die unter der Sozialversicherungsgesetz stehen, in ihren Beiträgen den Konzeptionsmaßnahmen beizutreten haben.

Im bergischen

GA. Berlin, 15. Febr. (Eig. Draht.) Der Reichstag hat heute die Konzeptionsmaßnahmen zu Gunsten der Invalidenrentner und Heile entzogen den Beschäftigten des Reichstages die Regierungsvorlage wieder der, nach der das Reich 80 Prozent, Kant und Gemeinden 20 Prozent der Unterhaltungsbeiträge aufbringen wollen. Ferner wurde beschlossen, daß alle Personen, die unter der Sozialversicherungsgesetz stehen, in ihren Beiträgen den Konzeptionsmaßnahmen beizutreten haben.

Im Ruhrgebiet

GA. Berlin, 15. Febr. (Eig. Draht.) Der Reichstag hat heute die Konzeptionsmaßnahmen zu Gunsten der Invalidenrentner und Heile entzogen den Beschäftigten des Reichstages die Regierungsvorlage wieder der, nach der das Reich 80 Prozent, Kant und Gemeinden 20 Prozent der Unterhaltungsbeiträge aufbringen wollen. Ferner wurde beschlossen, daß alle Personen, die unter der Sozialversicherungsgesetz stehen, in ihren Beiträgen den Konzeptionsmaßnahmen beizutreten haben.

Im Ruhrgebiet

GA. Berlin, 15. Febr. (Eig. Draht.) Der Reichstag hat heute die Konzeptionsmaßnahmen zu Gunsten der Invalidenrentner und Heile entzogen den Beschäftigten des Reichstages die Regierungsvorlage wieder der, nach der das Reich 80 Prozent, Kant und Gemeinden 20 Prozent der Unterhaltungsbeiträge aufbringen wollen. Ferner wurde beschlossen, daß alle Personen, die unter der Sozialversicherungsgesetz stehen, in ihren Beiträgen den Konzeptionsmaßnahmen beizutreten haben.

Im Ruhrgebiet

GA. Berlin, 15. Febr. (Eig. Draht.) Der Reichstag hat heute die Konzeptionsmaßnahmen zu Gunsten der Invalidenrentner und Heile entzogen den Beschäftigten des Reichstages die Regierungsvorlage wieder der, nach der das Reich 80 Prozent, Kant und Gemeinden 20 Prozent der Unterhaltungsbeiträge aufbringen wollen. Ferner wurde beschlossen, daß alle Personen, die unter der Sozialversicherungsgesetz stehen, in ihren Beiträgen den Konzeptionsmaßnahmen beizutreten haben.

Im Ruhrgebiet

GA. Berlin, 15. Febr. (Eig. Draht.) Der Reichstag hat heute die Konzeptionsmaßnahmen zu Gunsten der Invalidenrentner und Heile entzogen den Beschäftigten des Reichstages die Regierungsvorlage wieder der, nach der das Reich 80 Prozent, Kant und Gemeinden 20 Prozent der Unterhaltungsbeiträge aufbringen wollen. Ferner wurde beschlossen, daß alle Personen, die unter der Sozialversicherungsgesetz stehen, in ihren Beiträgen den Konzeptionsmaßnahmen beizutreten haben.

Im Ruhrgebiet

GA. Berlin, 15. Febr. (Eig. Draht.) Der Reichstag hat heute die Konzeptionsmaßnahmen zu Gunsten der Invalidenrentner und Heile entzogen den Beschäftigten des Reichstages die Regierungsvorlage wieder der, nach der das Reich 80 Prozent, Kant und Gemeinden 20 Prozent der Unterhaltungsbeiträge aufbringen wollen. Ferner wurde beschlossen, daß alle Personen, die unter der Sozialversicherungsgesetz stehen, in ihren Beiträgen den Konzeptionsmaßnahmen beizutreten haben.

Im Ruhrgebiet

GA. Berlin, 15. Febr. (Eig. Draht.) Der Reichstag hat heute die Konzeptionsmaßnahmen zu Gunsten der Invalidenrentner und Heile entzogen den Beschäftigten des Reichstages die Regierungsvorlage wieder der, nach der das Reich 80 Prozent, Kant und Gemeinden 20 Prozent der Unterhaltungsbeiträge aufbringen wollen. Ferner wurde beschlossen, daß alle Personen, die unter der Sozialversicherungsgesetz stehen, in ihren Beiträgen den Konzeptionsmaßnahmen beizutreten haben.

Im Ruhrgebiet

GA. Berlin, 15. Febr. (Eig. Draht.) Der Reichstag hat heute die Konzeptionsmaßnahmen zu Gunsten der Invalidenrentner und Heile entzogen den Beschäftigten des Reichstages die Regierungsvorlage wieder der, nach der das Reich 80 Prozent, Kant und Gemeinden 20 Prozent der Unterhaltungsbeiträge aufbringen wollen. Ferner wurde beschlossen, daß alle Personen, die unter der Sozialversicherungsgesetz stehen, in ihren Beiträgen den Konzeptionsmaßnahmen beizutreten haben.

**Kurse von amtlich
nicht notierten Wertpapieren**

This image shows a dark, textured vertical band, likely a book cover or endpaper. The material appears to be a dark, possibly black or very dark brown, with a fine, grainy texture. There are numerous small, light-colored specks and fibers visible throughout the material, suggesting a woven or fibrous structure. The lighting is somewhat uneven, with a slightly brighter area towards the top and a darker area towards the bottom. The overall appearance is that of an old, worn, or perhaps handmade material.

Schuttlern
 Nr. 11. Post. 10
 29. 23. 11. 1801
 Gebr. aut. erbalt.
Tafelwagen
 Nr. 30. 50 Rthl. 20
 Kraft zu kaufen
 Ausfuhr. An ved
 unter E 3688 an
 Gebr. d. 24. 1.
 1 Tennisplätze
 Goethe, Werte
 Seine. Marie

Der Fall Tibor.

Novelle von Max Preis.

In den Blättern las man die folgende Ankündigung:

Ich bitte die Frauen und Mädchen dieser Stadt, mir diejenige Episode ihres Lebens, die ihnen wert erscheint, einer Novelle als Grundlage zu dienen, gütigst mitzuteilen. Ich rufe damit die Frauen und Mädchen zur künstlerischen Mitarbeit auf und sichere selbstverständlich jeder Einsenderin vollkommenste Verschwiegenheit zu. Wenn ich diesen immerhin nicht alltäglichen Weg der Stoffwahl betrete, so tue ich es, weil ich meine, daß gerade das psychologisch vertiefte Kleinfunktioniert nicht nur auf die Phantasie und Beobachtung des Dichters geübt sein darf, daß es vielmehr das in der Frauenwelt unserer Zeit Lebendige spiegeln muß. Wer aber wollte das Geheimnis der Frauenwelt so lennen, wie die Frau selbst? — Da ich nun einmal eine dem Rhythmus der Gegenwart entsprechende Form für diese Werbung gewählt habe, die Form der Anzeige, will ich, dieser Form getreu, jeder Einsenderin, deren Episode ich als Stoff verwende, ein Honorar von zwanzigtausend Mark zusichern, das ich, je nach Wunsch, der betreffenden Dame selbst oder einem von ihr angegebenen gemeinnützigen Zweck überweisen werde. Ich danke meinen Mitarbeiterinnen für ihr Vertrauen und ihre Teilnahme im voraus.

Natürlich sprach man zwei Tage lang von nichts anderem als von dem neuen Bluff Raphael Tibors. Wie er sich in Szene setzt! echauffierten sich die einen. Ein plumper Reklametrick! taten ihn andere schnell und verächtlich ab. Und ein paar, die mit beiden Ellenbogen verzweifelt nach der Höhe starrten, versprachen ein wenig Galle: „Es fällt ihm eben nichts ein. Eine Anleihe macht er, Schnoren geht er.“

Am dritten Tage sprach man nicht mehr von Raphael Tibor. Nur in den Leihbibliotheken und in den Buchläden wurden seine Romane und Novellen verlangt. Und ein paar hundert Frauen und Mädchen der Stadt schlossen sich abends in ihre Zimmer ein, schrieben Briefe, zerrissen sie, schrieben neue, probierten Farben und Glätze von Papieren, stränkten Ruveris mit Parfüms, die sie sich oft erst neu zulegte. Die ganze Stadt war ein einziger Leuchtschiff, in dem Glühbirnen leuchteten, Tränen des Erkenntniswunders weinten und sich kaiserlich zogen, die sie nie begangen hatten. Alle entdeckten ihr warmes Herz und baten, falls ihre Mitarbeit der Verwertung gewürdigt werden sollte, die Altersfürsorge, den Lebensversicherung und das Heim für uneheliche Kinder zu bedenken.

So lagerte über der Stadt eine novellistische Wolke. Eine literarische Stoff-Epidemie. In jedem Hause wartete man geistlich auf den Ausbruch der Krankheit, deren Inkubationsfrist ja sehr kurz bemessen war. Als so ziemlich alle Frauen und Mädchen der Stadt die Stoff-Grippe glücklich überstanden hatten, war der Fall Tibor vergessen.

Raphael Tibor sah in seinem blauen Zimmer und sortierte die Einsätze. Blau zu blau — rot zu rot — grün zu grün. Nudeln zu Orchideen, Ritzbilder zu Malbüchern. Und da sich in dieses Farb- und Lustschema kein System bringen ließ, ordnete er nach den Stichworten: lieblich — schwül — dumm — gut erfunden — falsch gefühlt — ganz alltäglich. Die Verheißung von Abenteuer, die in manchem Brief unausgesprochen lag, diese netten Anfänge, überließ er geistlich. Er war sich auch durchaus nicht klar, warum er seinen Auftrieb in den Blättern veröffentlicht hatte. Und er neigte immer mehr zu der Ansicht, daß er sich ein Spiel mit vielen schlechten Mitspielern gestattet hatte. Ja, ein Spiel! Ein Spiel!

Er war entschlossen, die Fülle von Briefen in eine alte Kiste zu packen, zierliches Porzellan von Worten neben barocke Stilverien bunt gekoppelter Lügen, die schwere Bronze reifer Frauengefährnisse neben das filigrane kleiner Mädchenräume. Und wollte, um der Form zu genügen, wahllos zwei, drei Briefe auszuwählen, deren Schreiberinnen mit dem Honorar bedacht werden sollten.

Als die Kiste der Einsendungen schon bunn geworden war, kam ein Brief. Darin stand:

„Mein lieber Tibor, ich darf Dich doch für genügend unbefangenen halten, daß Du auch von einer

alten Freundin eine Anregung annimmst. Gerne hätte ich Dir die — daran läßt sich nun wirklich nichts ändern — schönste und größte Episode meines Lebens zur Verfügung gestellt. Doch das ging nicht. Ging wirklich nicht. Du hast diese Episode ja bereits zu einem Deiner Romane verarbeitet. Und kannst Dich unmöglich wiederholen. Sieh, mein lieber Tibor, das ist das Tragische an uns Frauen, daß alles, was wir mit Euch erleben und durchleben, von Euch Männern einmal verwertet wird. Literarisch von den Dichtern, praktisch von den Kaufleuten, indirekt von den Lebenskünstlern. Uns Frauen aber bleibt es ein einziges, Einfaches, Unveränderliches.

Du, Raphael Tibor, verwendest. Was Du erlöst, verwendest Du. Konsequent. Und das Erlebte gehört doch gar nicht Dir allein. Du verwendest es nicht nur künstlerisch, Du verwendest es lebenskünstlerisch im späteren Erleben mit anderen.

Du hast sogar die kleine Episode, die ich Dir jetzt aus meinem, versteh' mich wohl, aus meinem Leben zur Verfügung stellen will, in Deiner öffentlichen Anzeige verwendet. Entfinnst Du Dich, wie wir uns kennen lernten und Du heißt mein ganzes Inneres durchblättern, wie Du mich beschworst: „Erzählen Sie mir etwas aus Ihrem Leben, Mama, es soll als Kunstwerk wiedererleben.“ Du klistert heute nicht mehr kleinen Mädchen so lockende Beschreibungen zu. Du gibst ein Inlet auf. Wer offeriert Dich? Nur ich, Raphael Tibor, besser Zahler, lüchle Dich. Du bist sehr bequem geworden. Aber konsequent. Ich sehe Dich jetzt ganz, Tibor; nur Dein Rhythmus, nicht Deine Art hat sich geändert. Du bist von einer konsequenten Art. Und weil ich Dich so arm sehe, kann ich endlich vergessen, daß Du mir einmal weggehtest.

Mama“

Raphael Tibor rauchte fünf Zigaretten hintereinander. Dann öffnete er wie erwartungsvoll beide Hände und dachte nach. „Konsequent...“ sagte er leise, „konsequent... ja, man muß konsequent sein. Diese Episode ist brauchbar. Ich habe zwanzigtausend Mark versprochen — hm...“

Er tief seinen Sekretär und diktierte ihm diesen Brief:

„An Frau Maria Strähn.

Sehr geehrte anständige Frau!

Herr Raphael Tibor hat Ihre Einsendung mit Interesse gelesen. Er wird sie verwenden und beauftragt mich, Ihnen das Honorar von 20 000 Mark — in Worten: zwanzigtausend Mark — zu überweisen.

Hochachtungsvoll! Lenz, Sekretär.“

Das neue Gerichtskosten-Gesetz.

Das besonders für die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und die Strafsachen wichtige Deutsche Gerichtskosten-Gesetz ist durch Gesetz vom 21. Dezember 1922 in wesentlichen Punkten abgeändert worden. Die Neufassung tritt bereits am 15. Februar d. J. in Kraft.

Abgesehen von wesentlichen Gebührenerhöhungen und Vereinfachungen bei der Berechnung besteht für die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten (Zivilprozesse) eine wichtige Änderung darin, daß — von Ausnahmefällen, z. B. Armenrecht, abgesehen — auf Grund einer Klage der Termin zur Verhandlung erst nach Zahlung der erforderlichen Prozeßgebühren bestimmt, und der häufig vorher erforderliche Zahlungsbefehl erst nach Zahlung der hierfür bestimmten Gebühr erlassen werden soll. Damit durch diese Vorkehrung nicht eine auch dem Gericht unerwünschte Verzögerung eintritt, kann Gläubiger und Schuldner gut daran, die betreffende Gebühr, wenn sie deren Lage ermitteln können, gleich bei Einreichung der Klage oder des Besuchs um Erlass eines Zahlungsbefehls konstatieren nach Aufforderung zu entrichten. Die Zahlung kann in Kostenmarken, für die die Verkaufsstellen vermehrt werden sollen, oder bei der Gerichtskasse erfolgen.

Die Prozeßgebühr beträgt einstweilen bei einem Wert des Streitgegenstandes bis 2000 Mark einschließlich 100 Mark, von mehr als 2000 bis 4000 Mark einschließlich 150 Mark, 4000 bis 6000 Mark 200 Mark, 6000 bis 8000 Mark 250 Mark, 8000 bis 10 000 Mark 300 Mark, 10 000 bis 12 000 Mark 350 Mark, 12 000 bis 14 000 Mark 400 Mark, 14 000 bis 16 000 Mark 450 Mark, 16 000 bis 18 000 Mark 500 Mark, 18 000 bis 20 000 Mark 550 Mark. Die weiteren Wertklassen steigen bis zu 100 000 Mark um je 500 Mark und die Gebühren um je 200 Mark. Für Zahlungsbefehle ist die Hälfte, mindestens 100 Mark, zu zahlen.

Gerichtssaal.

Elberfeld, 15. Febr.

Die Rache einer Verwogenen.

Bei einem Beamtenden der Eisenbahnbedienstetenvereins-Gesellschaft erschien eine Frau und machte die Anzeige, daß S. von der Reichsbahnbediensteten-Gesellschaft zwei Kugeln in den Rücken und dem Hals verkratzt habe. Da die Frau über alle Einzelheiten genau unterrichtet war, war an der Richtigkeit ihrer Angaben kaum zu zweifeln. Auch ihre Angaben über ihre Verwundungen zur Anzeige bestätigten sich. Sie hatte mit S. ein Verhältnis unterhalten und er hatte ihr versprochen, daß er verheiratet war. Als sie davon erfuhr, verriet sie alles, was S. ihr im Liebes-tausch anvertraut hatte. Die Geschwichte beschaltete jetzt die Staatsanwaltschaft. Hier verurteilte S. zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe. Hier verurteilte S. zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe. Hier verurteilte S. zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe.

Vermischtes.

Schiffahrt ohne Kohlen.

GA Bremen, 15. Febr. (Sig. A. M. S.) Von den Hafenanlagen des Norddeutschen Lloyd in Bremerhaven aus trat gestern der große Ozeandampfer „Wittsburg“ seine erste Fahrt nach Amerika an. Das Schiff stellt den neuesten Typ eines Ozeandampfers dar. Nur die zur Fortbewegung dienenden Maschinen arbeiten mit Dampf, der durch das Schiff gezeigten elektrischen Leitungen beträgt nicht weniger als 144 Kilometer. Das ganze Schiff hat nicht ein einziges Stück Kohle an Bord. Nicht nur die Krane werden durch elektrischen Strom in Tätigkeit gesetzt, auch die Kesselröhren und die Vakuumpumpen werden elektrisch betrieben. Selbst das Schließen der wasserdichten Schotten und das Ausheben der Bootschiffe auf elektrischem Wege.

Unser Kleinen.

Dankeschön, der jüngste von sieben Sproßlingen, ruft neulich, als einmal die ganze Familie beim Essen versammelt ist: „Worum haben wir eigentlich nur einen Papa auf so viele Kinder?“

Eingelandt.

(Für die Einsendungen aus dem Publikum übernimmt die Redaktion den Vorrat gegenüber keine Verantwortung.)

Was bekommt der Hausbesitzer von den steigenden Mieten?

Vielfach hört man von Mietern sagen: „Jetzt können doch die Hausbesitzer zufrieden sein, die Mieten sind ja ordentlich gestiegen.“

Es ist daher erlaubt, zur Aufklärung folgendes auszuführen: Der Hausbesitzer bekommt von den „steigenden Mieten“ die Mietendrucke ausgiebig zu spüren, also die Grundmiete. Wasche ein Haus im Frieden 3000 Mark ein, so beträgt die Grundmiete 2400 Mark. Hier- von muß der Mieter die Mieten zahlen. Betragen diese für 4000 Mark zu 5 Prozent 200 Mark, so bezahlt er 400 Mark Miete. Diese 400 Mark betragen der Hausbesitzer früher in Gold oder Silber, er konnte sich 500 Pfund allerhöchst Margarine dafür kaufen, heute, wo ein Pfund Margarine 42 Pfund kostet, erhält er, nicht weil er mehr arbeitet, wie früher, sondern weil das Papiergeld seinen Wert mehr hat, erhält der Hausbesitzer genau dieselben 400 Mark wie im Frieden, seinen Pfennig mehr, aber nicht in Gold, sondern in den elenden Papierlappen, heute kann er sich nur ein Pfund Margarine dafür kaufen. Außer der Grundmiete bekommt er dann noch eine kleine, vollständig unzulängliche Entschädigung für die ärgerliche, umständliche und zeitraubende Verwaltungskorerei. Alle anderen Beträge, die er von den Mietern beitreiben muß, erhält entweder die Stadt oder sie müssen für Reparaturen angelegt werden. Mehr als fünf Sechstel der im Januar gezahlten „Miete“ muß von den Hausbesitzern an die Stadtkasse für städtische Gebühren abgeführt werden. Die Hausbesitzer sind die unbefriedigten Gebührenerheber der Stadt geworden; ihnen wird diese gewaltige Arbeit aufgebürdet. In ihrem, aufreißendem Kampf, ohne ein Wuchtmittel in Händen zu haben, müssen sie sehen, zu dem Weibe zu kommen, um es an die Stadt abzuliefern. Manche leisten diese Dienste in einem Alter, in dem andere Leute längst pensioniert sind. Befriedigt schmeckt ihm es für solche, die wegen ihres Alters ohne Gehalt oder Pension leben und die mehrere Häuser mit vielen Mietern besitzen. Haben denn diese Leute ein derartiges Los verdient? Oder haben sie sich in volkswirtschaftlicher Beziehung nicht vielmehr verdient gemacht?

So wie die einen für Miet, die anderen für Reinigung, haben sie für die so notwendigen Wohnungen gefordert. Wo hätte denn die aufstrebende Bevölkerung ein Unterkommen gefunden, wo hätten die Arbeiter ihre

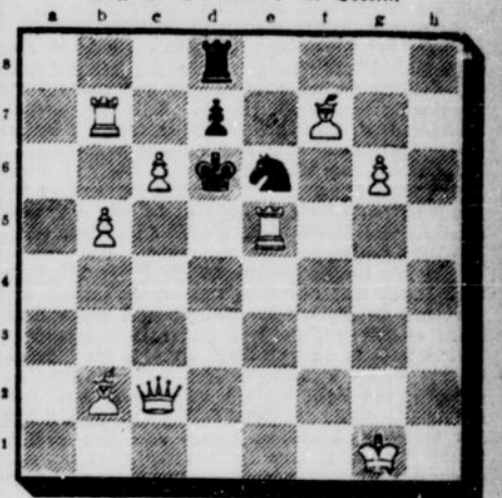
Arbeiter untergebracht, wenn diese Mietpreise nicht gebaut hätten? Man sieht's doch jetzt an dem Wohnungs- elend, wohnen es führt, wenn die private Bauwirtschaft ausgeklüftet ist. Warum wird denn den Hausbesitzern diese ärgerliche Arbeit aufgebürdet, warum müssen sie alimonatlich tagelang sitzen, die gefühllos Mietes auszu- nen und sich dann in hundelangen Auseinandersetzungen mit den Mietern im Interesse der Stadt abzuqualen, ohne daß für sie selbst etwas dabei herauskommt? Nun, weil sie als Krone der Bevölkerung stets alle Lasten geduldig auf sich genommen und man deshalb glaubt, ihnen alles bieten zu können. Mann wird diesen Zielgequalen endlich Gerechtigkeit anteil werden? T. G.

Buppertaler Wochenmarkt. Nr. 640.

Wir unterbrechen heute die Selbstmarktserie, die für manchen Leser, obwohl in vielen Fällen ein fremdes, aber hochinteressantes Gebiet erschlossen worden sein mag, für den Anfang eine nicht ge- rad- leichte Kost bedeuten dürfte, und legen ihnen zum Studium zwei Zweijäger vor, von denen Nr. 348 preisgekrönt wurde und Nr. 349 zuerst in der von Prof. Dr. Deichmann geleiteten Schach- ede der Berliner Tageszeitung „Germania“ er- schien. Dort wird die Aufgabe als „eine niedliche Kleinigkeit mit hübscher Pointe“ bezeichnet, wäh- rend Dr. Ado Kramerer von Nr. 348 sagt, daß er einer der besten Zweijäger des Jahres 1922 sei.

Aufgabe Nr. 348.

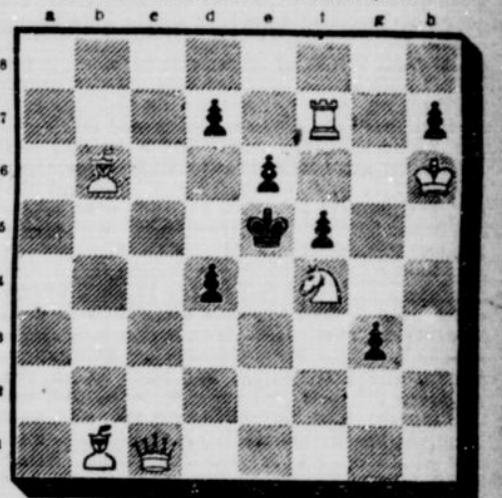
Von D. Sommer in Berlin.



Matt in zwei Zügen.

Aufgabe Nr. 349.

Von Adolf Keller in Elberfeld.



Matt in zwei Zügen.

Wingmännel
das beste und sparsamste
BOHNER WACHS
Erhältlich in allen ein-
schlägigen Geschäften.

Kaufen Sie jetzt

bei mir. — Ich habe noch großes Lager moderner

Schlüpfen, Paletots, Anzüge

und sind meine Preise

noch sehr billig!

Gummi-, Loden- u. Gabardine-Mäntel, Outaway mit Westen sehr preiswert.

Angesahlte Sachen werden zurückgestellt.

J. Silbermann, Barmen

Berlinerstr., Ecke Färberstr.

2. Haus neben Lempertz, 7 Minuten vom Bahnhof Rittershausen. — Achten Sie auf die Firma Silbermann.

